

Über Rechtsextremismus aufklären

»Remigration«: Darunter stellen sich AfD-Mitglieder und Rechtsextremisten die Abschiebung von Deutschen mit Einwanderungshintergrund vor. Jetzt formiert sich deutschlandweit Widerstand gegen rechtsextremistische Gedanken. Ein Thema, das im Friedberger Ausländerbeirat diskutiert wurde.

VON JÜRGEN WAGNER

Der Ausländerbeirat hatte jüngst Andre Waldheim zu Gast, den Friedberger Schutzmann vor Ort. Beim Gespräch über Angsträume in der Stadt kam Waldheim auf den »Broken-Window-Effekt« zu sprechen: Ist eine Fensterscheibe an einem Haus kaputt, wird auch bald die nächste zerschlagen, der Verfall setzt sich quasi automatisch fort. Das Prinzip lässt sich umdrehen. Gehen viele Menschen gegen Rechtsextremismus auf die Straße, kommen (hoffentlich) weitere hinzu, bis es immer mehr werden, die für demokratische Werte einstehen.

Doch wie mobilisiert man die Menschen, wie bringt man sie zusammen? Der Rechtsruck in Deutschland und die Frage, wie man sich gegen demokratiefeindliche und faschistische Ideologien zur Wehr setzt, war vergangene Woche ein Diskussionsthema im Ausländerbeirat. Die Mitglieder des Gremiums wollen nicht zuschauen, wenn AfD-Mitglieder und andere Rechtsextreme gegen Flüchtlinge hetzen oder Überlegungen zur »Remigration« von Menschen mit deutscher Staatsangehör-



Die Mitglieder des Ausländerbeirats diskutieren mit Schutzmann Andre Waldheim (r.) und Bürgermeister Kjetil Dahlhaus (Bildmitte) über Maßnahmen, um rechtsextremistischen Tendenzen zuvorzukommen.

FOTO: JÜRGEN WAGNER

rigkeit und Einwanderungshintergrund anstellen.

Mehmet Turan, Vorsitzender des Ausländerbeirats, schlug Maßnahmen vor, um dem Rechtsextremismus vorzubeugen. Ausländerbeiratsmitglied Shiva Adhikari hatte ein Konzeptpapier erstellt. »Wir müssen auf Bildung, interkulturelle Veranstaltungen und Dialog setzen«, sagte Adhikari und berichtete von Treffen mit den Bundestagsabgeordneten Natalie Pawlik (SPD) und Peter Heidt (FDP) zu diesen Themen.

Kooperationen mit Schulen als Idee

Man wolle Vorurteile abbauen, das gegenseitige Verständnis fördern, eine inklusive Gesellschaft schaffen. Als präventive Maßnahmen gegen extremistische Tendenzen schlug Adhikari Workshops und Seminare vor, ebenso Kooperationen mit Schulen. »Wir müssen aktiv werden«, sagte er

und wunderte sich, dass in Bad Nauheim eine Demonstration organisiert werde, in Friedberg aber nicht.

Demonstrationen seien ein starkes Symbol, sagte Bürgermeister Kjetil Dahlhaus, der wie weitere Mitglieder aus Magistrat und Stadtverordnetenversammlung bei der Sitzung in der Stadthalle anwesend war. Eine Demonstration in Friedberg schloss Dahlhaus nicht aus. Für kommenden Samstag empfahl er aber allen Friedbergern: »Mit nach Bad Nauheim gehen.«

In der Diskussion wurde auch gefordert, die Stadt Friedberg solle auf Facebook Stellung zum Rechtsextremismus beziehen. Von solchen »pauschalen Aktionen« hält Dahlhaus nichts. »Wir machen etwas anderes, etwas Besonderes«, sagte der Bürgermeister und wies auf die Szenische Lesung am Sonntag um 19 Uhr in der Stadtkirche hin. Darin geht es um die Correctiv-Re-

cherchen zu einem Treffen von AfD-Mitgliedern und anderen Rechtsextremen.

Lukas Hölzinger vom Kulturservice der Stadt habe »in Windeseile« (Dahlhaus) die Aufführungsrechte gesichert und die Veranstaltung organisiert. Ein Regisseur wurde gefunden, in der Ausländerbeiratssitzung meldete sich spontan eine potenzielle Akteurin; es wurden nämlich noch Schauspielerinnen und Schauspieler gesucht. Dahlhaus: »Wir wollen nicht nur re-agieren, sondern auch agieren.« Es wird ein volles Kirchenhaus erwartet.

Mehmet Turan erinnerte an die Mahnwache am 19. Februar für die Mordopfer in Hanau; auch dies sei eine Gelegenheit, um Solidarität und Zusammenhalt zu demonstrieren.

Konkret wurde ein weiteres interkulturelles Fest vorgeschlagen, neben dem Internationalen Spielefest auf der Seewiese könne dies im Rahmen der Interkulturellen Woche im

Rathauspark steigen. Aber ist der nicht womöglich zu klein für solche Festivitäten? Das Frauenzentrum des Wetteraukreises soll demnächst in den Ausländerbeirat eingeladen werden, um Kooperationen auszuloten. Recep Kaplan erinnerte an die Sprechstunden des Ausländerbeirats, die früher regelmäßig im Rathaus angeboten wurden. Kann das wiederbelebt werden? Die Internetseite des Ausländerbeirats soll mit der städtischen Homepage verknüpft werden, versprach Dahlhaus. Genauso wie dies im Zuge der Erneuerung des Internetauftritts mit den Seiten von Junity oder den Stadtwerken geplant sei. Es wird also bereits verknüpft, vernetzt, diskutiert, interkulturell und im steten Dialog. »Die Sitzungen des Ausländerbeirats sind öffentlich. Es kann jeder kommen. Aber es kommt keiner«, bremste CDU-Stadträtin Claudia Eisenhardt die Erwartungen.